



Beispiel: So könnte eine Kommentierung aussehen

§ 22a AWW

(1) Sachen, die ausgeführt, eingeführt oder durchgeführt werden, sind auf Verlangen darzulegen. Sie können einer Beschau und einer Untersuchung unterworfen werden. Beförderungsmittel, Gepäckstücke und sonstige Behältnisse können darauf geprüft werden, ob sie Sachen enthalten, deren Ausfuhr, Einfuhr oder Durchfuhr beschränkt ist.

(2) Wer nach einem fremden Wirtschaftsgebiet ausreist oder aus einem fremden Wirtschaftsgebiet einreist, hat auf Verlangen zu erklären, ob er Sachen mit sich führt, deren Verbringen nach diesem Gesetz oder nach den zu diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen beschränkt ist.

(3) Wer Sachen nach einem fremden Wirtschaftsgebiet ausführen will, hat die Sendung den zuständigen Zollstellen zur Ausfuhrabfertigung zu stellen. Das Nähere wird durch Rechtsverordnung nach § 26 bestimmt. Zur Erleichterung des Post-, Fracht- und Reiseverkehrs können durch Rechtsverordnung Ausnahmen zugelassen werden, soweit hierdurch der Überwachungszweck nicht gefährdet wird.

(4) Die Zollbehörden überwachen die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes und der zu diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen über die Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr sowie der Rechtsakte des Rates oder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Bereich des Außenwirtschaftsrechts. Das Bundesministerium des Innern bestimmt die Behörden des Bundesgrenzschutzes, die für die Überwachung der Ausfuhr von Waffen und Sprengstoff zuständig sind; Satz 1 bleibt unberührt.

fundstelle_start

Fundstelle:

Außenwirtschaftsgesetz v. 28. 4. 1961 (BGBl. I S. 481) in der Fassung des 10. ÄnderungsG v. 22. 12. 1999 (BGBl. I S. 2822), zuletzt (redaktionell) geändert durch 7. Zuständigkeitsanpassungs-Verordnung v. 29.10.2001 (BGBl. I, 2785)

fundstelle_ende

frueregelung_start

Frühere Regelungen:

Rechtsänderungen durch

- WaffenG vom 19. 9. 1972 (BGBl. I S. 1797)
- 3. AWG-ÄnderungsG vom 29. 3. 1979 (BGBl. I S. 869)
- EinigungsvertragsG vom 23. 9. 1990 (BGBl. II S. 885)
- 8. AWG-ÄnderungsG vom 9. 8. 1994 (BGBl. I S. 2068)

frueregelung_ende

literatur_start

Literatur:

s. vor den einzelnen Abschnitten

literatur_ende

rechtssprechung_start

Rechtsprechung:

s. vor den einzelnen Abschnitten

rechtssprechung_ende

internet_start

Internet-Adressen:US-Gesetze: <http://www.access.gpo.gov>

internet_ende

A. US-Reexportrecht**I. Geschichtliche Entwicklung**

In den Vereinigten Staaten im Allgemeinen – selbst im ‚*Bureau of Export Administration*‘ – BXA des Handelsministeriums (dem Äquivalent zum deutschen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle – BAFA) nennt man das Jahr 1940 als Beginn der Ausfuhrkontrollen. Aus der Sicht des Historikers haben sich die Vereinigten Staaten der Verhängung von Handels-Embargos und -Boykotten aber bereits während der amerikanischen Revolution, während des Kriegs von 1812 und des Bürgerkriegs, bedient. Exportkontrollen als Werkzeug der Diplomatie wurden erstmals im spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 bekannt. Wenige Tage vor der Kriegserklärung an Spanien verabschiedete der Kongress eine gemeinsame Resolution, in der es u. a. hieß: „Der Präsident wird ermächtigt, nach seinem Ermessen und mit den ihm förderlich scheinenden Einschränkungen und Ausnahmen den Export von Kohle oder anderer für Kriegszwecke zu verwendende Materialien aus den Seehäfen der Vereinigten Staaten so lange zu verbieten, bis dieses Verbot vom Präsidenten oder dem Kongress aufgehoben wird.“¹

Diese Resolution wurde 1912 erweitert und der Präsident ermächtigt, Exporte von Kriegswaffen und Munition in jedes Land der westlichen Hemisphäre zu verbieten, in dem solche Exporte dazu verwendet werden könnten, Gewalt zu fördern und zu unterstützen. Zwei Jahre später wurde diese Resolution erneut geändert und Geldstrafen bis \$ 10.000 und zwei Jahre Gefängnis für Übertretungen dieses Verbots verhängt.²

- Die erste Kodifizierung der Exportkontrollen erfolgte im Ersten Weltkrieg im ‚*Trading with the Enemy Act*‘ – TWA.³ Das neue Gesetz verbot jedem Staatsbürger unter der Jurisdiktion der Vereinigten Staaten den Handel mit Ländern, die als Feinde der Vereinigten Staaten zu betrachten waren. Dieses Gesetz ist noch heute in Kraft und regelt z. B. das Embargo gegen Kuba und Nordkorea.
- Im Laufe der folgenden Jahre wurden weitere die Exportkontrolle betreffende Resolutionen im Kongress verabschiedet. 1925 erging z. B. ein Verbot von Helium-Exporten und 1935 wurde beschlossen, Waffenexporte an kriegsführende Länder in Europa zu untersagen.⁴ Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte der Kongress eine Reihe weiterer Exportkontrollen ein, die z. B. den Export von Waffen und für die Herstellung von Waffen geeignete Maschinen und Geräte sowie Kernmaterial, Paraffin- und Erdölprodukte für die Dauer des Krieges verboten. Trotz

¹ S. Con. Res. 25, 55th Congress, 2nd Session (1898).

² Howard N. Fenton, III – Texas Int'l. Law Journal, Vol. 27:1.

³ ‚Trading with the Enemy Act‘ (1917) „amending the President's power to times of war“.

⁴ ‚Neutrality Act of 1935‘.

dieser zeitlichen Eingrenzung bedeutete das Kriegsende aber nicht das Ende der Exportkontrollen.

- Unmittelbar nach Kriegsende wurden Ausfuhrkontrollen eingeführt, um so den ‚Warenfluss in die Hände der Feinde‘ zu unterbinden, und zwar zum Schutz eigener Ressourcen und zur Sicherstellung der Hilfsprogramme für den Wiederaufbau Westeuropas unter dem Marshall-Plan.⁵ Diese Maßnahmen wurden durch die wachsende Sorge über die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch die Sowjetunion und die Warschauer-Pakt-Staaten verstärkt motiviert, was in der Veröffentlichung des umfassenden ‚*Export Control Act*‘ of 1949 seinen Ausdruck fand.

Weil der Erfolg der restriktiven Handelspolitik weitgehend von der Kooperation mit den Verbündeten der Vereinigten Staaten abhing, gründeten die Vereinigten Staaten und sechs ihrer Verbündeten – das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg – im November 1949 ein multilaterales System strategischer Kontrollen für den Handel mit dem ‚Sino-Sowjetischen Block‘. So genannte ‚Embargo-Listen‘ wurden erstellt und eine *Consultative Group*⁶, die ihren Sitz in Paris hatte und sich aus den Verantwortlichen für Exportkontrollen in den verschiedenen Regierungen zusammensetzte, überwachte die Einhaltung der hier getroffenen Vereinbarungen. Die Mitgliedschaft der Gruppe vergrößerte sich 1952 um Norwegen, Dänemark, Kanada und Westdeutschland und bis 1953 um Portugal, Griechenland, die Türkei und Japan. Damit umfasste die *Consultative Group* alle NATO-Länder mit Ausnahme Islands plus Japan.

Bild_anfang

Abb.

Hier den Dateinamen der Abbildung eintragen!

Legende_anfang

Quelle: Wikipedia

Legende_ende

Bild_ende

Um ein noch höheres Maß an Zusammenarbeit von allen freundlich gesonnenen Ländern zu erhalten – und besonders von den Nationen, die der *Consultative Group* nicht angehörten –, verabschiedete der Kongress 1951 den *Mutual Defense Assistance Control Act*⁷, im Allgemeinen nach dem Verfasser des Gesetzes, Laurie Battle, auch *Battle Act* genannt, dessen Hauptanliegen es war, den Ländern jede Unterstützung (Wirtschafts- und Finanzhilfe) zu verweigern, die strategische Güter in kommunistische Länder exportierten. In Übereinstimmung mit diesem Gesetz wurde im *State Department* ein *Battle Act Administrator* etabliert, der eine Liste erstellte, die Güter identifizierte, deren Export mit Wirkung vom 24. Januar 1952 in irgendeines dieser Länder verboten wurde, d. h. deren Export die Einstellung jeglicher Hilfsprogramme durch die Vereinigten Staaten zur Folge hatte. Die *Consultative Group* formte zwei Arbeitsausschüsse: 1950 das *Coordinating Committee for East-West Trade* (CoCom) für den Handel mit Osteuropa und 1952 das *China Committee* (CHINCOM), das sich auf den Handel mit dem kommunistischen China konzentrierte. Schließlich wurden vier Listen erarbeitet, und zwar 1. eine Liste mit Gütern, die einem totalen Embargo unterlagen, 2. eine Liste, die Güter enthielt, die einer Quotenregelung unterlagen, 3. Güter, die ständig zu überwachen waren, und 4. die ‚*China List*‘, die zusätzliche Güter enthielt, die gemäß einer Resolution der Vereinten Nationen vom 18. Mai 1951 nur China und Nordkorea verweigert wurden. Jede der vier Listen enthielt einen Grundanteil an Gütern, für deren Kontrolle alle CoCom-Teilnehmerstaaten gemeinsam verantwortlich waren. 1957 wurde CHINCOM aufgelöst, womit auch die ‚*China List*‘ entfiel, die CoCom-Kontrollen aber auf das kommunistische China, Nordkorea und Nordvietnam ausgedehnt wurden. Die Vereinigten Staaten fanden keine Zustimmung bei den Partnerstaaten, auch Kuba den CoCom-Kontrollen zu unterwerfen.⁸

⁵ Nach General George Marshall benannter Plan für den Wiederaufbau Europas (ERP = European Recovery Program, 1947).

⁶ Columbia Law Review, (1967) Vol. 67, No. 5 S. 835.

⁷ 9th Battle Act Report 28 (1957).

⁸ COCOM-Kontrollen erfassten Albanien, Bulgarien, China, (Ost-)Deutschland, Ungarn, Mongolei, Nord-korea, Nordvietnam, Polen, Rumänien, Tibet, Tschechoslowakei und die USSR.

Am 31. März 1994 wurde CoCom (das mittlerweile in *Coordinating Committee for Multilateral Controls* umbenannt worden war) aufgelöst und in Wassenaar (Holland) das Nachfolgeregime, das *Wassenaar Arrangement*, gegründet, das am 15. November 1996 seine Tätigkeit in Wien aufnahm. Die im Rahmen des *Wassenaar Arrangement* getroffenen Vereinbarungen wurden am 15. Januar 1998 in die amerikanischen Ausfuhrbestimmungen übernommen.⁹

Das Ausfuhrgesetz, das vermutlich 1951 ausgelaufen wäre, wurde angesichts des Konflikts in Korea stattdessen wieder erneuert. Obgleich der Krieg in Korea 1953 beendet wurde, erfolgte die Verlängerung des Gesetzes über einen Zeitraum von 14 Jahren noch fünf weitere Mal und wurde 1968 von *Export Control Act* in *Export Administration Act* umbenannt und in den Jahren 1979, 1981, 1985 und 1988 den politischen und technologischen Entwicklungen angepasst und entsprechend revidiert. Trotz Änderung des Namens und bestimmter Inhalte blieb der *Export Control Act* of 1949 das Rahmenwerk für die noch immer geltenden Bestimmungen. Das Gesetz ist zeitlich begrenzt und bedarf jeweils der Zustimmung des Kongresses, um verlängert werden zu können.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte wurde die Verlängerung des Gesetzes durch den Kongress 1990 von der Regierung nicht beantragt. Die Industrie hatte immer wieder wesentliche Änderungen gefordert, über die sich Industrie, Regierung und Kongress nicht rechtzeitig zu allseitig annehmbaren Bedingungen einigen konnten. Der damals amtierende Präsident Bush (Vater) ordnete deshalb an, dass die Exportkontrollen bis zur Einigung über die von der Industrie geltend gemachten Forderungen zwischenzeitlich auf den Grundlagen des *International Emergency Economic Powers Act* – IEEPA durchzuführen seien. „Der IEEPA ist ein Notfallgesetz, welches ursprünglich zur Einschränkung der Vollmachten, die dem Präsidenten nach dem ‚*Trading with the Enemy Act*‘ of 1917 in Zeiten des zivilen Notstands zustanden, gedacht war. Nach der äußerst weit gefassten Formulierung in § 203 IEEPA kann der Präsident u. a. Ein- und Ausfuhren unter bestimmten Voraussetzungen beschränken oder untersagen.“¹⁰

Durch die Abwicklung der Exportkontrollen über den IEEPA ergaben sich juristische Unsicherheiten bei der Durchsetzung der Kontrollen. Wegen dieser Unsicherheiten setzte Präsident Clinton das im September 1990 von Präsident Bush nicht verlängerte Gesetz am 23. März 1993 wieder in Kraft. Präsident Clinton hatte dieser Verlängerung nur unter der Bedingung zugestimmt, dass innerhalb eines Jahres (d. h. bis zum 30. Juni 1994) Regierung und Kongress das ‚alte‘ Gesetz von Grund auf zu aktualisieren und, den Gegebenheiten angepasst, neu zu formulieren hätten.

Vor allen Dingen sollte den grundlegenden politischen Veränderungen in Osteuropa Rechnung getragen werden. Einerseits seien die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa zu berücksichtigen, andererseits sei den Kontrollen über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eine noch größere Bedeutung als bisher einzuräumen. Um eine Benachteiligung der amerikanischen Wirtschaft zu vermeiden, seien mehr multilaterale Kontrollen mit den Partnerländern anzustreben, d. h., bestehende unilaterale Kontrollen aus Gründen der nationalen Sicherheit und aus außenpolitischen Gründen seien nach Möglichkeit mit den Partnerländern zu koordinieren und bestehende multilaterale Kontrollen zu verstärken. Kontrollen für Produkte, die in Ländern außerhalb der ehemaligen CoCom und kooperierenden Staaten in vergleichbarer Qualität und ausreichenden Mengen frei verfügbar sind, seien aufzuheben.¹¹ Und die Zuständigkeiten innerhalb der Regierung [*Departments of Commerce/State/Defense*] seien zu überprüfen.

Das neue Gesetz wurde bisher nicht verabschiedet. Stattdessen wurde das ‚alte‘ Gesetz, der *Export Administration Act* of 1979, am 13. November 2000 von Präsident Clinton bis 20. August 2001 wieder in Kraft gesetzt, aber wegen der noch immer nicht abgeschlossenen Formulierung eines neuen Gesetzes seit dem 21. August wieder durch den IEEPA ersetzt, der die Grundlage für die Anwendung der Bestimmungen bildet.¹² Die *Export Administration Regulations* sind von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Die neuen Ausfuhrbestimmungen (*Export Administration Regulations* – EAR) wurden unter dem Motto *Toward a National Export Strategy* revidiert, neu formuliert und am 25. April 1996 in Kraft gesetzt.¹³ Sie werden laufend aktualisiert und jedes Jahr neu aufgelegt.

II. Verfassungsrechtliche Grundlagen

Art. I, Section 8

⁹ Fed. Register Volume 63 of January 15, 1989.

¹⁰ Christoph Hölscher: Die Reform des US-Exportkontrollrechts, Frankfurt u. a., 1998

¹¹ EAR Legal Authority Section 6 (h) Foreign Availability.

¹² H. R. 5239 v. 13. November 2000.

¹³ Fed. Reg. Vol. 60, No. 91, S. 25268.

The Congress shall have the Power.....

(3) To regulate Commerce with foreign Nations, and among the several States, and with the Indian Tribes

Art. II, Section 1

The executive Power shall be vested in a President of the United States of America.....

Fundstelle:

Auszug: US-Verfassung

Literatur:

Ackerman, Constitutionality of Export Controls, 76 Yale L. J. 200 (1966); Center for Strategic & International Studies, Breaking Down the Barricades (1994); Clubb, United States Foreign Trade Law, 2 Volumes (1991); Farrand, The Records of the Federal Convention of 1787 (1937); Fenton, Reforming the Procedures of the Export Administration Act: A Call for Openness and Administrative Due Process, 27 TexInt'l. L. J. 1 (1992); Henkin, Economic Rights under the United States Constitution, 32 Colum. J. Transnat'l. L. 97 (1994); Henkin, Foreign Affairs and the Constitution, 66 Foreign Affairs 284 (1987); Small Business Exporters Association, Exporting: Right or Privilege? – A Comparative Study (1994); Smith, The Commerce Power in Canada and the United States (1963).

Case Law:

Buttfield v. Stranahan, 192 U.S. 470 (1904); Fairbank v. United States, 181 U.S. 283 (1901); United States v. Curtis-Wright Export Corp., 299 U.S. 304, 319 (1936); United States v. Yoshida International Inc., 63 C.C.P.A. 15 (1975).

III. Grundsätzliches zur US-Exportkontrolle

- 9 Die amerikanischen Ausfuhrbestimmungen werden von einer vom Kongress erstellten *Declaration of Policy* eingeleitet, die in vierzehn Punkten die Ausfuhrpolitik und Ausfuhrverwaltung der Vereinigten Staaten begründen.¹⁴ An dieser Stelle sollen nur die für den ausländischen Handelspartner wichtigsten Punkte dieser Erklärung erwähnt werden:

Auszug:

- 2. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten sind Exportkontrollen nur nach eingehender Prüfung der Auswirkungen auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten und nur, wenn notwendig, einzusetzen –
 - a) um den Export von Gütern und Technologie zu begrenzen, die einen bedeutenden Beitrag zum militärischen Potential eines die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährdenden Landes oder einer Ländergruppe leisten könnte;
 - b) um den Export von Gütern und Technologie zu begrenzen, wenn dies zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele oder für die Erfüllung eingegangener internationaler Verpflichtungen erforderlich ist; oder
 - c) um den Export von Gütern, soweit erforderlich, zu beschränken, um die einheimische Wirtschaft vom übermäßigen Abzug knapper Waren zu schützen und ernste inflationäre Auswirkungen durch ausländische Nachfrage zu reduzieren.
- 3. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten sind a) notwendige Exportkontrollen weitmöglichst in Kooperation mit allen Nationen anzuwenden und b) sind alle den Vereinigten Staaten durch ein Verteidigungsbündnis verpflichtete oder gemeinsame strategische Ziele verfolgende Länder zur Einhaltung einer einheitlichen Kontrollpolitik zu ermutigen.
- 4. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten sind die einheimischen Ressourcen und Handelspotentiale zum Vorteil gesunden Wachstums und wirtschaftlicher Stabilität zu nutzen sowie zur Unterstützung der nationalen Sicherheit und Durchsetzung außenpolitischer Ziele.
- 8. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten sind Exportkontrollen einzusetzen, um andere Länder zur Ergreifung sofortiger Maßnahmen zu motivieren, wenn es zu verhindern gilt, dass deren Staatsgebiet oder Ressourcen dazu benutzt werden, Personen zu helfen, zu bestärken oder zu beherbergen, die an der Anführung, Unterstützung oder Teilnahme internationaler terroristischer Aktivitäten beteiligt sind. Um dieses Ziel zu erreichen, bemüht sich der Präsident durch angemessene und prompte internationale Zusammenarbeit und Vereinbarungen, jedwelche Unterstützung des internationalen Terrorismus zu verhindern oder zu mindern, bevor er die Verhängung von Exportkontrollen veranlasst.
- 10. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten ist dem Export durch amerikanische Staatsbürger hohe Priorität einzuräumen und nicht zu kontrollieren, es sei denn, solche Kontrollen sind a) zur

¹⁴ EAR, Legal Authority, Section 3.

Gewährleistung der nationalen Sicherheit, aus außenpolitischen Gründen oder wegen drohender Verknappung notwendig, b) sie dienen der Förderung solcher Ziele und c) sie sind den Gegebenheiten ordnungsgemäß angepasst.

- 12. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten sind wissenschaftliche Unternehmungen kraftvoll zu unterstützen. Dazu gehört die unbehinderte Fähigkeit der Wissenschaftler und anderer Gelehrter, ihre Forschungsergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorschriften durch Veröffentlichung, Lehrtätigkeit, Konferenzen und andere Formen des wissenschaftlichen Austauschs frei zu vermitteln.
- 13. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten ist der Export von Waren und Substanzen zu kontrollieren, deren Verwendung in den Vereinigten Staaten verboten oder stark eingeschränkt ist, um die öffentliche Gesundheit und Sicherheit zu gewährleisten und zu verhindern, dass die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten als zuverlässiger Handelspartner Schaden nehmen.
- 14. Gemäß der Politik der Vereinigten Staaten ist mit verbündeten und gemeinsam strategische Ziele verfolgenden Ländern zu kooperieren, um die Abhängigkeit von Energie-Importen und Importen anderer kritischer Ressourcen von potentiellen Gegnern zu minimieren, und es sind alternative Güter solcher Ressourcen zu entwickeln, um strategische Bedrohungen zu verringern, die durch den exzessiven Erwerb harter Währung durch solche Exporte aus Ländern erwachsen, die eine im Widerspruch zu den nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten stehende Politik vertreten.

So weit die Auszüge aus der *Declaration of Policy*, die der umfangreichen Sammlung der Bestimmungen des Handelsministeriums, den *Export Administration Regulations*, vorangestellt ist. Von allen die amerikanische Ausfuhr betreffenden Verordnungen und Regelungen enthalten die auf dem *Export Administration Act* (EAA) basierenden *Export Administration Regulations* (EAR) die umfassendsten Bestimmungen über den Export nicht-militärischer oder ‚Dual-use‘-Güter aus den Vereinigten Staaten. Die Auslegung der EAR durch die Verwaltung ist für ein Gericht grundsätzlich unerheblich.¹⁵

10

- Die Bezeichnung ‚Dual use‘ wird in den Ausfuhrbestimmungen vor allen Dingen dazu benutzt, zwischen den in den EAR erfassten und denen der Zuständigkeit anderer Regierungsbehörden unterliegenden Güter zu unterscheiden. Die dem Handelsministerium unterliegenden ‚Dual-use‘-Güter können für militärische und andere strategische Zwecke (z. B. im Nuklearbereich) ebenso verwendbar sein wie für rein zivile Zwecke. Dagegen unterliegen Waffen und für militärische Anwendungen bestimmte Güter der Zuständigkeit des *Department of State*, und die im Nuklearbereich angesiedelten Güter werden von der *Nuclear Regulatory Commission* oder dem *Department of Energy* verwaltet.¹⁶
- Die vom *Bureau of Industry and Security* (BIS) im Handelsministerium erstellte Ausfuhrliste enthält mehr als 2600 Produkte mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der Index der *Commerce Control List* (CCL) *‘is not an exhaustive list of controlled items’*.¹⁷

Während das Handelsministerium die Ausfuhr aller zivilen Güter aus den Vereinigten Staaten regelt, sind dem Außenministerium (*State Department*) die Kontrollen für die Ausfuhren von Verteidigungsgütern unterstellt, die im *Arms Export Control Act* verankert sind, auf denen die *International Traffic in Arms Regulations* basieren und die *U.S. Munitions List* enthalten. Diese Vorschriften sehen vor, dass der amerikanische Exporteur jede Ausfuhr von Munition und verwandten Gütern im Außenministerium vor der Ausfuhr registrieren muss. Sind die für den Export vorgesehenen Güter in der *Munitions List* des Außenministeriums enthalten, muss der Exporteur eine Lizenz im *Office of Defense Trade Control* (ODTC) beantragen.

1. Die Bedingung, eine schriftliche Lizenz vor der Ausfuhr in der Munitions List erfasster Güter zu beantragen, bezieht sich weder auf das Bestimmungsland noch auf die dem auszuführenden Gut zugrunde liegende Technologie. Das *State Department* allein behält sich die Entscheidung vor, welche Länder Zugang zu welcher Art US-militärischen *Know-hows* erhalten sollen und welche nicht. Die Erteilung einer Lizenz erfolgt demgemäß im Hinblick auf Kriterien der Nationalen Sicherheit oder Aspekte der

¹⁵ U.S. v. Lachmann, no. 03-2274/03-2275 (D.C. Cir. Oct. 25, 2004)

¹⁶ EAR, § 730.3 ‚Dual Use Exports‘.

¹⁷ EAR, § 774 Index 1.

Außenpolitik. Grundsätzlich benötigt der amerikanische Exporteur eine Lizenz für jede in der *Munitions List* enthaltene Position. Ist ein für den Export vorgesehener Artikel nicht in dieser Liste erfasst, ist vom Exporteur dessen ungeachtet zu prüfen, ob die für den Export vorgesehene Ware einem anderen Exportkontrollregime wie z. B. dem *EAA* (*Export Administration Act*) unterliegt.¹⁸

2. Das *Office of Foreign Assets Control (OFAC)* im *Treasury Department* (Finanzministerium) verwaltet die im *Trading with the Enemy Act* und dem *International Emergency Economic Powers Act* gesetzlich festgelegten Vorschriften. Die von OFAC ausgeübten und überwachten länderspezifischen Export- und Import-Restriktionen verbieten fast ausnahmslos den Handel mit den von diesen Vorschriften betroffenen Ländern. Die in sehr begrenztem Rahmen vorgesehenen Ausnahmen innerhalb der OFAC-Bestimmungen erlauben in nur seltenen Fällen nach sehr strikten, genau festgelegten Kriterien die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Güter aus dem humanitären Bereich oder um Güter zur Benutzung/Verwendung in Tochtergesellschaften ausländischer Firmen in Ländern, die den OFAC-Bestimmungen unterliegen.¹⁹

Praxistipp_anfang

Praxistipp

Es besteht zwar kein Rechtsanspruch darauf, doch ist der amerikanische Lieferant gesetzlich verpflichtet, dem ausländischen Kunden die Konditionen der einschlägigen Ausfuhrgenehmigung schriftlich mitzuteilen (§ 750.7 EAR).

Praxistipp_ende

¹⁸ Fenton, Texas, Int'l. Law Journal, Vol. 27:1, S. 17.

¹⁹ Fenton, Texas, Int'l. Law Journal, Vol. 27:1, S. 18.